

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 19. November 1979

Blatt 2893

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS Bakterielle Darminfektion: Zweiter Todesfall
ausgesendet: Bürgermeister Gratz eröffnete Christkindlmarkt
(violett) Bakterielle Darminfektion: Keine Neuerkrankungen mehr

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Neuer Flächenwidmungsplan für Teile des 22. Bezirks

Nur
über FS: 17.11. Bezirksmuseum Meidling: Ausstellungseröffnung und
Dichterlesung
19.11. Enkaustik und Graphiken
Feuerwehreinsatz stoppte Straßenbahnlinie "5"
Kind lief in Straßenbahn
Mittwoch Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
bereits am 16. november ueber fernschreiber ausgesendet
.....

L o k a l :

=====

bakterielle darminfektion: zweiter todesfall

9 wien, 16.11. (rk) die zahl der nach einer bakteriellen darm-
infektion in stationaerer behandlung befindlichen patienten ist im
laufe des freitags noch weiter gestiegen. insgesamt sind den
gesundheitsbehoerden zur zeit 60 erkrankte personen bekannt, von
denen sich 23 in spitalspflege befinden. aus der infektionsab-
teilung des franz josef-spitals wurde ein zweiter todesfall
gemeldet, es handelt sich um einen 82jaehrigen mann, der infolge
kreislaufversagens starb.

wie die gesundheitsbehoerden weiter mitteilen, wurden im rahmen
der sofortmassnahmen unter anderem auch beim gesamten personal
der betroffenen kueche, ebenso wie bei saemtlichen erkrankten
stuhlundersuchungen durchgefuehrt. das ergebnis dieser und der
durch die lebensmitteluntersuchungsanstalt durchgefuehrt
untersuchungen wird voraussichtlich anfang kommender woche
vorliegen. (z1)

1640

.....
bereits am 17. november ueber fernschreiber ausgesendet
.....

l o k a l :

=====

gratz eroeffnete christkindlmarkt

8 wien, 17.11. (rk) buergermeister leopold g r a t z er-
oeffnete samstag nachmittag auf dem rathausplatz den wiener
christkindlmarkt. "vor fuenf jahren habe ich zum ersten mal
den christkindlmarkt auf den rathausplatz eingeladen und dabei
die hoffnung ausgesprochen, dass dieser markt mit seiner jahr-
hundertelangen tradition nach langer wanderschaft hier eine
endgueltige heimat finden moege", sagte gratz. "nach fuenf
jahren kann man schon sagen, dass diese hoffnung in erfuellung
gegangen ist. moegen auch heuer wieder viele besucher und vor
allem viele kinder auf den christkindlmarkt und auch in unsere
weihnachtsausstellung im rathaus kommen. ein solcher besuch kann
viel zu der vorweihnachtlichen freude beitragen, die ich allen
wienerinnen und wienern wuensche."

mit 144 verkaufsstaenden und drei schaustellbetrieben
ist der christkindlmarkt heuer groesser als jemals zuvor. auf
die verstaerkte dominanz von staenden mit betont weihnachtlichem
charakter wurde besonders wert gelegt. so gibt es 27 statt 23
staende mit spielwaren, acht statt fuenf staende mit krippen
figuren, kerzen und holzschnitzereien und 22 statt 21 staende
mit christbaumschmuck. der christkindlmarkt ist bis 26. dezember
taeglich von 9 bis 20 uhr geoffnet. (sti)

.....
bereits am 18. november ueber fernschreiber ausgesendet
.....

l o k a l :

=====

bakterielle darminfektion: keine neuerkrankungen mehr

1 wien, 18.11. (rk) wie die gesundheitsbehoerden mitteilen, gibt es im rahmen der bakteriellen darminfektionen, die nach der auslieferung eines menues im rahmen der aktion "essen auf raedern" aufgetreten sind, keine neuerkrankungen mehr. dem gesundheitsamt der stadt wien sind insgesamt 101 personen bekannt, die als bezieher dieses essens erkrankten, wobei sich ein teil von ihnen bereits wieder auf dem weg der besserung befindet. von diesen erkrankten befanden sich bis sonntag mittag insgesamt 33 in spitalspflege, davon 30 in der infektionsabteilung des franz josef-spitals. insgesamt wurden vergangenen donnerstag im rahmen der aktion "essen auf raedern" 5.200 portionen von den vier privatorganisationen ausgeliefert. rund 3.000 menues - davon 1.350 normalkost, 1.200 schonkost und 450 diabetesmenues - von jener betreffenden kueche, die seitens des geundheitsamtes und des marktamtes einer genauen ueberpruefung unterzogen wurde. bekanntlich gab es dabei keine beanstandung, so dass die lebensmittelhygieniker die ursache fuer das auftreten dieser bakteriellen darminfektion eher bei den angelieferten lebensmitteln vermuten. genaueres wird das ergebnis der lebensmittelproben aussagen, das voraussichtlich anfang kommender woche vorliegen wird. (zi)

1415

k o m m u n a l :

=====

neuer flaechenwidmungsplan fuer teile des 22. bezirks

1 wien, 19.11. (rk) flaechenwidmungsplaene fuer zwei gebiete in aspern und stadlau, zu denen der bereich um das kraftwerk donau-stadt und das von gross enzersdorfer-strasse, lannesstrasse, flugfeldstrasse und einer unbenannten gasse suedlich der dittelgasse umschlossene gelaende gehoeren, liegen vom 22. november bis 20. dezember waehrend der amtsstunden montag bis freitag zwischen 7.30 uhr und 15.30 uhr in der magistratsabteilung 21, wien 1, rathaus, stiege 5, 2. stock, zimmer 413, zur oeffentlichen einsicht auf.

in den entwuerfen zu den neuen flaechenwidmungs- und bebauungsplaenen (plan-nr. 5595 und 5597) werden der bisherige bestand und die gegenwaertige nutzung weitestgehend wieder beruecksichtigt. ausnahmen bilden die dittelgasse, die entsprechend ihrem bestand neu eingezeichnet wird, und das abwasserpumpwerk am schillwasserweg, der unberuecksichtigt bleiben kann, weil der leopoldauer sammelkanal nach fertigstellung des abwasserbeseitigungsprojekts "wabas 80" direkt angeschlossen wird. die im august 1978 beschlossenen vollnaturschutz-, teilnaturschutz- und landschaftsschutzgebiete haben im plangebiet 5597 fast zur gaenze gueltigkeit.

die entwuerfe der flaechenwidmungs- und bebauungsplaene stellen weitere teile einer notwendig gewordenen Neubearbeitung von flaechenwidmungs- und bebauungsplaenen des 22. bezirks dar. (and)

0902

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag

6 wien, 19.11. (rk) der wiener landtag trat montag unter dem vorsitz von landtagspraesidenten hubert p f o c h (spoe) zu einer kurzen sitzung zusammen. der landtag beschloss einstimmig ohne debatte eine aenderung des wiener krankenanstaltengesetzes (berichterstatter: stadtrat univ.-prof. dr. s t a c n e r , spoe). es handelt sich dabei um erleichterungen bei der bewilligung von veraenderungen in einem krankenhaus. eine aenderung des statutes der wiener landesnypothekenbank (berichterstatter: ladg. m a y r - h o f e r , spoe) wurde ebenfalls einstimmig ohne debatten angenommen. (se1)

1103

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

7 wien, 19.11. (rk) der wiener gemeinderat begann montag unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) mit einer fragestunde.

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von stadtrat dr. g o l - l e r (oevp), ob die vom kontrollamt im jahr 1977 empfohlenen massnahmen zur einhaltung der strahlenschutzbestimmungen in den staedttischen krankenanstalten zur gaenze erfuellt wurden, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe), dass von der ma 17 saemtliche vom kontrollamt vorgeschlagenen aktivitaeten erfuellt wurden. in vier krankenanstalten stehen die behoerdlichen betriebsbewilligungen fuer anlagen mit radioaktiven stoffen noch aus. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann mit dem abschluss aller massnahmen zu rechnen ist, erklaerte stacher, bis mitte 1980. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie es zu verantworten ist, dass in der krankenanstalt lainz seit eineinhalb jahren aus strahlenschutzgruenden die abteilung fuer radio-jodbehandlung geschlossen ist, erklaerte stacher, dass im budget gelder fuer eine strahlenschutzabteilung in lainz enthalten sind. das fehlen eines strahlenschutzes geht auf versaeumnisse zurueck, die er, stacher, nun aufholen muesse. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

8 wien, 19.11. (rk) auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) nach der zweckmaessigkeit der von der ''fertigteilbau'' in den letzten jahren getaetigten liegenschaftsankauefe antwortete stadtrat v e l e t a (spoe), dass der ankauf von grundstuecken zur bildung von reserven ein branchenueblicher vorgang sei, um die kontunuitaet der beschaeftigung zu wahren. zu der konkreten frage verwies veleta auf die beantwortung derselben frage durch stadtrat mayr im september 1978, der er sich vollinhaltlich anschliesse. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der beurteilung des ankaufes eines grundstueckes auf der poetzleinsdorfer hoehe stellte veleta fest, dass er nach seinem amtsantritt die holding beauftragt habe, ihre unternehmungen dazu zu verpflichten, alle transaktionen im engsten einvernehmen mit den zustaendigen abteilungen des magistrats vorzunehmen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , was die fertigteilbau konkret mit dem grundstueck machen werde, antwortete veleta, dass diese frage von der fertigteilbau zu pruefen sei. veleta rief dazu auf, bei grundtransaktionen jede spekulative nebenansicht auszuschalten und ausschliesslich solche grundstuecke in bebauungsabsicht zu erwerben, fuer die eine entsprechende widmung besteht.

auf die d r i t t e a n f r a g e von gr. k n e i d i n g e r (spoe) nach dem stand der vorarbeiten fuer die erweiterung der vhs brigittenau antwortete vizebuergerrmeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass durch die einbeziehung des nachbarhauses die moeglichkeit besteht, entsprechende zusaetzliche raeumlichkeiten zur verfuegung zu stellen und ein funktionsfaehiges haus der begegnung zu schaffen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann mit dem baubeginn zu rechnen sei, antwortete froehlich-sandner, dass dies im naechsten jahr der fall sein werde. im budget sind dafuer zwei millionen vorgesehen.

auf die v i e r t e a n f r a g e von gr. mag. k a u e r (oevp), ob die absicht besteht, die schulverkehrs-gaerten der stadt wien auch fuer vorschulpflichtige kinder durchgehend zu oeffnen, antwortete vizebuergemeisterin f r o e h l i c h - s a n d n e r , dass es die verkehrserziehung in kindergaerten seit langem gebe. in fast jedem bezirk gibt es eine verkehrsanlage in einem kindertagesheim. die vier anlagen fuer die schuljugend sind voll ausgelastet. es wird sicherlich moeglich sein, die anlagen in den kindergaerten fuer vorschulkinder zu oeffnen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob beabsichtigt sei, die eltern mit-einzubeziehen, antwortete froehlich-sandner, dass selbstverstaendlich daran gedacht sei, gemeinsam mit den eltern vorzugehen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob der schulverkehrsgarten im prater an samstagen geoffnet werden kann, antwortete froehlich-sandner, dass sie diese frage intensiv pruefen und versuchen werde, eine loesung zu finden.

auf die f u e n f t e a n f r a g e von gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe), ob die energieverversorgung im kommenden winter gesichert ist, antwortete stadtrat n i t t e l , dass die stromversorgung unter voraussetzung der vertraglichen verbundstromlieferungen gesichert ist. sie waere in frage gestellt etwa bei extremen witterungsbedingungen (ausfall von wasserkraftwerken) oder bei unterbrechung der belieferung der konsumenten mit fossilen brennstoffen. ohne laengere importauesfuelle ist auch die gasversorgung gesichert. auf die z u s a t z f r a g e , wie fuer die folgenden jahre vorsorge getroffen werde, antwortete nittel, dass die eigenanlagen der wiener e-werke mittelfristig ausreichend sind. der fremdstrombezug von der verbundgesellschaft (etwa ein drittel) ist vertraglich abgesichert. bei der gasversorgung ist durch den ausfall des irangases in den jahren 1981 bis 1984 eine importluecke zu ueberbruecken. dies geschieht vor allem durch nord-seegas und durch speicherung von sommerlieferungen aus der udssr. beides ist aber mit erhoehnten kosten verbunden. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

9 wien, 19.11. (rk) auf die sechste anfrage von gr. l a n d s m a n n (spoe), wann mit dem bau der a 22 (donauufer-autobahn) begonnen wird, gab stadtrat n i t t e l (spoe) bekannt, dass der baubeginn noch im dezember dieses jahres erfolgen kann. die erd- und strassenbauarbeiten sowie die brueckenbauarbeiten sind bereits ausgeschrieben, die antraege wurden an das bautenministerium weitergeleitet. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach dem fertigstellungstermin, antwortete stadtrat nittel (spoe), dass die donauuferautobahn in etappen fertiggestellt wird. fuer die ersten viereinhalb kilometer fahrbahn bis zum anschluss der nordbruecke und der floridsdorfer bruecke werden 67 arbeitswochen nach baubeginn benoetigt. die zweite etappe soll in 55 arbeitswochen fertiggestellt sein. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach dem grund der verzoegerung erklarte nittel, den personen die entlang der trasse grundstuecke besassen, wurde von verschiedenen seiten erklart, dass der bau der strasse noch nicht endgueltig sei. die grundabloesungen haben sich daher sehr schwierig gestaltet und zusaetzlich zeit in anspruch genommen.

auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. p e s k a (spoe), ob das beschleunigungsprogramm fuer den oeffentlichen verkehr fortgesetzt wird, sagte stadtrat nittel, dass die attraktivierung des oeffentlichen verkehrs einer der schwerpunkte im verkehrskonzept sei. das beschleunigungsprogramm wird in fortlaufender und mehrjaehriger arbeit weitergefuehrt und hat den puenktlichen und fahrplanmaessigen linienbetrieb zum ziel. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e ob und zu welchem zeitpunkt das beschleunigungsprogramm in simmering vorgesehen sei, antwortete nittel, dass massnahmen zur beschleunigung der linie '71' im bereich des 3. bezirkes fuer 1980 geplant sind. auch die linie '5' soll in diesem jahr beschleunigt werden.

./.

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. dkfm. a m m a n n (oevp) wie es mit der aufhebung des schienenparkverbots in wien aussehe, erklarte nittel, dass die aufhebung eines generellen schienenparkverbots in wien nur unter bestimmten voraussetzungen durchfuehrbar sei. diese voraussetzung bedeutet die schrittweise einfuehrung von flankierenden massnahmen wie kurzparkzonen, ladezonen und ein neues ueberwachungssystem. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob das schienenparkverbot generell oder mit ausnahmen eingefuehrt werde, sagte nittel, dass es vor einer endgueltigen loesung erste genauer untersuchungen beduerfe. in den hauptstrassen mit dichtem verkehr koennte sich nittel eine vorgangsweise aehnlich wie in der mariahilfer strasse, das heisst die regelung durch kurzparkzonen und ladezonen, vorstellen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e wann dieser denk- und untersuchungsprozess abgeschlossen sei, antwortete nittel, dass mit nachdruck an der loesung des problems gearbeitet werde. (ba)

(forts.)

1206

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (forts.)

10 wien, 19.11. (rk) auf die n e u n t e a n f r a g e von gr. dr. wolfgang p e t r i k (oevp), weshalb die steinplatten in der fussgaengerzone stephansplatz zu eng verlegt wurden, so dass infolge temperaturschwankungen spannungen auftraten und nun - rund eineinhalb jahre nach der verlegung - neue rillen in die bodenplatten geschnitten werden muessen, antwortete stadtrat heinz n i t t e l (spoe), dass die fugen teils mit zementmoertel, teils mit dauerelastischen kitt gefuehrt wurden. die fugenbreite betraegt 1 cm, die anordnung erfolgte auf grund der zu diesem zeitpunkt bestehenden erfahrungen mit feldgroessen vom format 10 mal 15 meter. infolge der hohen temperaturen im mai traten schaeden in den dehnfugenbereichen auf, weshalb eine verkleinerung der von dehnfugen umgebenen plattenfelder durch einschneiden zusaetzlicher dauerelastischer fugen durchgefuehrt wurde. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wer die kosten fuer diese weiteren arbeiten zu

tragen habe, antwortete stadtrat heinz n i t t e l (spoe), dass bei unsachgemaesser verlegung die baufirma hafte, was aber nicht fuer den stephansplatz zutreffe, da es sich hier um temperaturschaeden handle.

die z e h n t e a n f r a g e , gestellt von gr. dipl.-ing. dr. rainer p a w k o w i c z (fpoe), betraf die konsequenzen auf grund der bisherigen erfahrungen mit den neuen verkehrsmassnahmen auf der mariahilfer strasse. stadtrat heinz n i t t e l (spoe) antwortete, dass die kurze zeit des ''vollbetriebs'' bisher aus-sagen nur mit begrenzter genauigkeit zulasse. erfahrungsgemaess muesse eine anpassungsfrist von mindestens drei wochen kalkuliert werden. grundsaeztlich wurde daher eine versuchszeit von sechs monaten vereinbart. fuer mitte dezember wurde die ma 46 mit der pruefung der ersten erfahrungsberichte beauftragt. nach derzeitigen einzelbeobachtungen kann bereits jetzt ein nicht unbetraechtlicher abbau von verspaetungen bei der strassenbahn festgestellt werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob auch fuer den un-teren bereich der mariahilfer strasse die anbringung von schwellen vorgesehen sei, antwortete stadtrat heinz n i t t e l (spoe), dies werden spaetestens nach sechs monaten versuchszeit geschehen. man habe bisher darauf verzichtet, weil bei einer grossbaustelle in diesem bereich ein kran so weit in die fahrbahn reiche, dass schwellen der verkehr unzumutbar behindert haetten.

die e l f t e a n f r a g e , gestellt von gr. ingrid s m e j k a l (spoe) betrafen die fertigstellungstermine des grund-netzes der u-bahn. stadtrat heinz n i t t e l (spoe) antwortete, dass am 24. november ein zirka ein kilometer langer streckenab-schnitt der u 1 vom stephansplatz bis nestroyplatz in betrieb ge-nommen werde. im mai 1981 werde der betrieb von nestroyplatz bis praterstern, im september 1982 die verlaengerung nach kagran aufge-nommen werden. auf der u 2 werde die strecke karlsplatz - schotten-ring im september 1980 in betrieb gehen. auf der u 4 wird der u-bahn-betrieb zwischen karlsplatz und meidlinger hauptstrasse im oktober 1980 aufgenommen, zwischen meidlinger hauptstrasse und huetteldorf im april 1982. (we) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

fragestunde (schluss)

11 wien, 19.11. (rk) auf die z w o e l f t e a n f r a g e von stadtrat dr. g o l l e r (oevp), ob die derzeitige sittenpolizeiliche regelung der prostitution ausreichend sei, antwortete stadtrat n e k u l a (spoe), dass er sie fuer nicht mehr ausreichend haelt. es ist ein sicherheits- und sittlichkeitsgesetz in ausarbeitung, das unter anderem die ausuebung der prostitution in privatwohnungen und die werbung dafuer beschraenken soll. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob mit diesem gesetz auch das ''sandlerunwesen'' behandelt wird, antwortete nekula, dass die bundespolizei sich mit dieser frage beschaeftigt. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob eine gesetzliche regelung der prostitution durch die einrichtung von bordellen wie in tirol und salzburg erfolgen wird, erklaerte nekula, dass eine absicht dazu vorhanden ist.

auf die 13. a n f r a g e von gr. h a h n (oevp), wieviele hochhaeuser der gemeinde wien auf die einhaltung der sicherheitsvorschriften ueberprueft wurden, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe), dass 27 hochhaeuser der gemeinde seit 1977 ueberprueft wurden und bei drei der ueberprueften hochhaeuser die geforderten auflagen bereits erfuehlt wurden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann alle hochhaeuser der stadt wien ueberprueft sein werden, erklaerte wurzer, bis ende 1980. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wann alle be- anstandungen beseitigt sein werden, erklaerte wurzer, dass er nur fuer die ueberpruefung und nicht fuer die finanzierung zustaeendig ist.

die 14. a n f r a g e von gr. h o l u b a r z (spoe), wieviele baustellen des kommunalen wohnbaues im jahr 1980 fertiggestellt werden koennen, wird schriftlich beantwortet.

auf die 15. a n f r a g e von gr. a r t h o l d (oevp), ob die laermschutzmassnahmen fuer die anrainer entlang der sued-ost-tangente schon zur zufriedenheit der bewohner abgeschlossen sind,

antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass in der geiselbergstrasse die arbeiten fuer laermschutzfenster anfang dezember vergeben werden. auf die z u s a t z f r a g e , ob auch fuer die bewohner anderer strassen massnahmen getroffen werden, antwortete hatzl, dass in dieser frage die bundesstrassenverwaltung zustaendig ist.

auf die 16. a n f r a g e von gr. gertrude h a e r t l (oevp), aus welchen gruenden in zukunft keine genehmigungen zur verbauung oder verglasung von loggien mehr erteilt werden, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), aus architektonischen gruenden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob man damit den mieter oft nicht-sinnvolle loggien aufzwingen will, antwortete hatzl, nein. die mieter koennen bei der zuweisung angeben, ob sie eine loggia haben wollen oder nicht. es wird versucht, den wuenschen nachzukommen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob man verhindern will, dass die eltern mit einer verbauung zusaetzlichen spielraum fuer die kinder gewinnen, antwortete hatzl, nein. man sollte jedoch bedenken, dass die loggien auch bei bester verbauung schon aus physikalischen gruenden kein vollwertiger wohnraum sein koennen. (sei) (forts.)

1304

wiener gemeinderat (6):

anfragen und antraege

12 wien, 19.11. (rk) dem gemeinderat lag eine a n f r a g e der fpoe vor. a n t r a e g e der oevp betreffend die untersuchung der lage der wiener kuenstler und betreffend die verlegung der anschlussstelle leopoldsdorf der aussenringautobahn, ein antrag der fpoe betreffend die schulmilchaktion sowie vier antraege der bezirksvertretung des 20. bezirks (betreffend die verbreiterung der adalbert stifter-strasse, betreffend eine ausfahrt der donaukanalbegleitstrasse sowie betreffend die aenderung der streckenfuehrung der autobuslinien 11 a, 35 a und 34 a) wurden zugewiesen.

anstelle der staatssekretaerinnen johanna d o h n a l (spoe) und franziska f a s t (spoe), die ihre mandate zurueckgelegt haben, wurden als neue gemeinderaete christine s c h i r m e r (spoe) und franz m r k v i c k a (spoe) angelobt. der vorsitzende des

gemeinderates, gr. m a y r h o f e r (spoe), dankte den aus dem gemeinderat ausgeschiedenen staatssekretaerinnen fuer ihre taetigkeit im gemeinderat, dem sie seit 1973 angehorte.

mitteilung von stadtrat stacher

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) meldete sich zu einer mitteilung zu wort, um ueber die salmonelleninfektion bei 'essen auf raedern' zu informieren. am 14. november wurde bekannt, dass einige bezieher von 'essen auf raedern' erkrankten. das gesundheitsamt und das marktamt griffen sofort ein. insgesamt sind 101 personen erkrankt, 33 davon kamen in spitalspflege. zwei personen starben, eine 85jaehrige frau und ein 82jaehriger mann. die betreffende kueche war im jahr 1979 mehrmals ueberprueft worden. dabei hatte es keinerlei beanstandungen gegeben. das personal war zuletzt im september dieses jahres untersucht worden. alle sofort aus der kueche gezogenen proben waren bisher negativ. am wahrscheinlichsten ist, dass die infektion durch eine trueffelschnitte erfolgte.

proben aus speisen und an kuechengerueten wurden sofort gemacht, das personal wurde untersucht. am 15. november erfolgte eine desinfektion der kueche. fuer die sperre des betriebes, der hygienisch einwandfrei arbeitet, bestand weder ein sachlicher grund noch eine rechtliche moeglichkeit. die krankheit wurde durch eine speise aus einer hygienisch einwandfreien kueche ausgeloeset. stacher betonte in diesem zusammenhang, dass weder bei der behoerde noch bei der kueche eine schuld fuer diesen ungluecklichen vorfall gesucht werden kann. es wird alles getan, um solche infektionen zu verhindern, aber eine hundertprozentige ausschaltung der in den hochentwickelten laendern vorkommenden salmonellenarten ist noch nirgen gelungen. zu dem bericht von stadtrat stacher wurde die besprechung verlangt und einstimmig beschlossen. die debatte wird im anschluss an die normale tagesordnung des gemeinderates stattfinden.

ergaenzungswahlen

anschliessend wurden ergaenzungswahlen in mehreren gemeinderatsausschuessen durchgefuehrt, die durch das ausscheiden der staatssekretaerinnen johanna d o h n a l und franziska f a s t notwendig geworden waren. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

entschuldung der verkehrsbetriebe

13 wien, 19.11. (rk) die entschuldung der wiener stadtwerke-
verkehrsbetriebe durch die hoheitsverwaltung, referierte finanz-
stadtrat m a y r (spoe). rueckwirkend ab 1. jaenner 1979 soll
die stadt wien den zinsendienst fuer die bei den verkehrsbetrieben
bis 31. dezember 1978 aufgelaufenen schulden uebernehmen. darueber
hinaus verpflichtet sich die stadt wien - ebenfalls mit wirkung ab
1. jaenner 1979 - die finanzierung des jaehrlichen fehlbetrages
der verkehrsbetriebe zu uebernehmen.

dieser schritt stellt einen bedeutsamen abschnitt in der ge-
schichte der wiener stadtwerke dar, sagte finanzstadtrat mayr.
zum ersten mal uebernimmt die stadt wien in vollem ausmass die
konsequenzen, fuer die verkehrsentwicklung in der bundeshauptstadt.
eine grosstadt ohne oeffentlichen verkehr sei undenkbar, die zu-
schuesse seien daher notwendig, um das zusammenspiel zwischen
individualverkehr und oeffentlichen verkehr aufrecht zu erhalten.

stadtrat mayr wies auf die diskrepanz bei der finanzierung
des oeffentlichen nahverkehrs innerhalb und ausserhalb der ballungs-
zentren hin. das defizit der bundesbahnen und der post werden aus
allgemeinen steuermittel abgegolten, waehrend die last der kommunalen
nahverkehrsmittel von den gemeinden zu tragen ist. eine guenstigere
loesung dieses problemes sieht mayr nur im rahmen des zusammenwirkens
zwischen bund, laendern und gemeinden. die tarifpolitik sei zwar ein
wesentlicher bestandteil der verkehrspolitik, kann jedoch das
defizit nicht abdecken.

wenn sich die verkehrspolitik heute zum vorrang fuer den
oeffentlichen verkehr entschliesst, bedeutet das gleichzeitig auch
ein bekenntnis zu hohen investitionen, um den oeffentlichen verkehr
attraktiv und konkurrenzfaehig zu machen. der vorrang fuer den
oeffentlichen verkehr muss jedoch automatisch den nachrang fuer
den individualverkehr bedeuten, betonte mayr. mit den hohen

zuschuesen der stadt wien fuer die verkehrsbetriebe ergeben sich fuer die bestattung, fuer die e-werke und gaswerke ebenfalls Konsequenzen: diese teilbetriebe der stadtwerke werden kuenftig ihre aufwendungen ueber ihre tarife abzudecken haben. die kuenftige tarifgestaltung fuer diese betriebe wird daher gleichzeitig fuer ihre lebensfaehigkeit entscheidend sein.

die betraege, die als verschuldung der stadtwerke aufgeschienen sind, werden nun die hoheitsverwaltung belasten. wenn alle weiteren leistungen der stadt aufrechterhalten bleiben sollen, muss es daher auch gespraechе und entscheidungen auf politischer seite zu gunsten der hoheitsverwaltung geben, schloss mayr. (ba) (forts.)

1315

wiener gemeinderat (8):

entschuldung (forts.)

14 wien, 19.11. (rk) gr. dr. erwin h i r n s c h a l l (fpoe), bezeichnete es als eine fahrlaessigkeit der stadtverwaltung, die vorschlaege der opposition zur sanierung der stadtwerke nie ernst genommen zu haben. jahrelang habe man zugesehen, wie die stadtwerke in einem schuldenberg versinken. die nun vorgeschlagene entschuldungsaktion werde die stadt wien sehr teuer kommen, da sie jetzt, infolge der angespannten budgetlage, schwerer zu verkraften sei als zu einem frueheren zeitpunkt.

den punkt 3 der entschuldungsaktion, wonach das jaehrliche defizit von der hoheitsverwaltung durch betriebszuschuesse abgedeckt werden soll, nannte gr. dr. hirnschall eine blankovollmacht, die keineswegs geeignet sei, wirtschaftliches denken zu foerdern. er uebergab einen abaenderungsantrag seiner fraktion, demzufolge die betriebszuschuesse die sozialtarife und verkehrspolitische erfordernisse - etwa die erschliessung duennbesiedelter randgebiete oder die verlaengerung der betriebsdauer in den abendstunden - abdecken sollen. darueber hinaus muessten einsparungsmoeglichkeiten in verwaltung und werkstaettenbereich besser genuetzt werden.

(we) (forts.)

1357

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

entschuldung (forts.)

15 wien, 19.11. (rk) das defizit der verkehrsbetriebe erhoehrte sich seit 1974 um 180 prozent, der schuldenstand der wiener stadtwerke verdreifachte sich im gleichen zeitraum und die zinsenbelastung stieg um mehr als 100 prozent, erklarte gr. h a h n (oevp). die mehr als problematische finanzielle situation der wiener stadtwerke haette verhindert werden koennen, haette die spoe rechtzeitig massnahmen ergriffen und nicht die dinge laufen lassen.

die erste grosse historische schuld der wiener spoe geht auf das jahr 1955 zurueck. damals wurde eine harte politische auseinandersetzung um die kapitalausstattung der wiener verkehrsbetriebe gefuehrt, und der damalige finanzstadtrat resch setzte eine unterkapitalisierung der wiener verkehrsbetriebe durch. die zweite grosse historische schuld der wiener spoe besteht darin, dass man heute erst erkennt, dass die stadt wien eigentuemer der wiener stadtwerke ist und dass die stadt wien daher entsprechende finanzielle leistungen uebernehmen muss. haetten die wiener sozialisten die heute vorgeschlagenen massnahmen bereits in den sechziger jahren gesetzt, so wie es die oevp immer wieder vorschlug, waere der finanzielle einsatz wesentlich geringer gewesen. damals war die finanzielle situation der hoheitsverwaltung weitaus guentiger, und man haette die notwendigen gelder viel leichter aufbringen koennen. heute ist es genau genommen fuenf nach zwei.

die dritte historische schuld der wiener spoe liegt bei den verkehrsentscheidungen, die immer viel zu spaet getroffen wurden. ein beispiel dafuer ist der u-bahn-bau. die vierte grosse historische schuld der wiener spoe liegt im bauring-abenteuer. mit den verschuldeten steuermillionen haette man die wiener stadtwerke noch im jahr 1974 zu wesentlich guentigeren bedingungen vollstaendig sanieren koennen.

./.

die spoe trifft die volle verantwortung fuer die verspaeteten massnahmen. nun wird zwar der muehlstein der verschuldung von den verkehrsbetrieben genommen, aber gleichzeitig verschlechtert sich die situation der gas- und e-werke, da diese die alten schulden zurueckzahlen muessen. die rechnung bezahlt wieder einmal der wiener steuerzahler ueber den erhoekten gas- und stromtarif. (sei) (forts.)
1423

wiener gemeinderat (10):

entschuldung (forts.)

16 wien, 19.11. (rk) gr. m a y r h o f e r (spoe) verwies auf die grundlegende bedeutung des heutigen antrages. die verkehrsbetriebe sind das sorgenkind der wiener stadtwerte. dies ist eine erscheinung, die in ganz oesterreich und auch international festzustellen ist. die wirtschaftliche lage der wiener verkehrsbetriebe hat sich in den letzten jahren besorgniserregend verschlechtert. der schuldenstand stieg trotz betraechtlicher einsparungsmassnahmen. durch den heutigen beschluss soll die bisherige entwicklung der kapitalentfremdung gestoppt werden. eine noch weitergehende verpflichtung der hoheitsverwaltung, die jetzt von der oevp verlangt wird, wuerde zu lasten der investitionen gehen. diesen weg wird die spoe im interesse der arbeitsplatzsicherung nicht einschlagen. die stadtwerte sollen auf eigene beine gestellt werden. die nun vorgesehene loesung stellt aber keinen freibrief fuer die verkehrsbetriebe dar. das u-bahn-grundnetz soll so rasch wie moeglich fertiggestellt werden. mayrhofer warf der oevp vor, im bundesrat gegen die gewaehrung eines bundeszuschusses fuer den wiener u-bahn-bau gestimmt zu haben. mit dem heutigen beschluss wird ein wesentlicher akzent zur foerderung des oeffentlichen nahverkehrs in wien gesetzt.

die spoe ist nicht gewillt, die historische wahrheit zu akzeptieren, erklarte dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) sie hat sich ausser stande gezeigt, die probleme des massenverkehrs zu kenntnis zu nehmen. die seinerzeitige ablehnung der oevp-bundesraete war ausschliesslich auf die einfuehrung der dienstgeberabgabe zurueckzufuehren. diese stellte einen wortbruch slaviks dar. o/o

die oevp war immer dafuer, dass die hoheitsverwaltung einen beitrug zum oeffentlichen nahverkehr zu leisten hat. wenn die spoe frueher gehandelt haette, waeren milliardenbetragee erspart geblieben. die verschlechterung der wirtschaftlichen lage der verkehrsbetriebe ist nicht auf den betrieb zurueckzufuehren, sondern auf eine politik der zwangsverschuldung. der heutige antrag ist ein ver- spaeteter offenbarungseid fuer eine verfehlte politik der sozialisten. vor zehn jahren haette man mit einem drittel des heutigen aufwandes den gleichen effekt erzielt. die oevp tritt dafuer ein, dass auch die tilgung der fremdmittel den stadtwerken abgenommen werden soll. die tariferhoehungen bei e-werken und gaswerken dienen zur schuldenrueckzahlung fuer die wiener verkehrsbetriebe. (ger)
(forts.)

1426

wiener gemeinderat (11):

entschuldung (forts.)

17 wien, 19.11. (rk) wenn die oevp von einer historischen schuld spricht, so muesse man auch an jene zeit zwischen 1934 und 1938 erinnern, in der die gewinne der wiener e-werke und gaswerke an den kommissarischen leiter abgegeben werden mussten, um das defizit der hoheitsverwaltung abzudecken, stellte stadtrat franz nekula (spoe) fest. unter der sozialistischen amtsfuehrung sei es gelungen, dienstposten durch rationalisierungen der verkehrsbetriebe einzusparen und dabei noch das verkehrsangebot zu vergroessern. zum ersten male seien auch die stadtrandgebiete durch ein sinnvolles autobuskonzept erschlossen worden. nekula fragte, was die oevp waehrend der 24 jahre ihrer politischen verantwortung fuer die stadtwerke getan habe? es wurden keine konzepte erstellt, keine stuttgarter schwellen eingefuehrt, der oeffentliche verkehr nicht bevorzugt behandelt. das alles wurde verabsaeumt und nun, da die spoe massnahmen zur allgemeinen verbesserung des verkehrs durchfuehren muss, werden diese massnahmen von der oevp kritisiert, weil sie unpopulaer sind. /.

gr. dkfm. a m m a n n (oevp) stellte fest, dass immer noch ein energiekonzept und ein verkehrskonzept fehlen. 1970 habe stadtrat nekula die diskussionen der wiener stadtwerte in ein falsches geleise gebracht, als er die sanierung der stadtwerte in der oeffentlichkeit bekannt gab und damit vortauschte, das problem 'stadtwerte' sei erledigt. bis 1970 wurden jaehrlich zwischen 70 und 100 kilometer neue gasrohre verlegt. nach amtsantritt von stadtrat nekula sei die gasrohrverlegung auf durchschnittlich 25 bis 40 kilometer im jahr zurueckgegangen. nekula hat den auftrag gegeben, den wagenpark der wiener verkehrsbetriebe bei geringstem reparaturaufwand bis 1981 zu erhalten. die folge davon waren zahlreiche unfaelle. sich auf menschliches versagen herauszureden, sei politisch und moralisch zu verurteilen, kritisierte ammann. (ba) (forts.)

1450

wiener gemeinderat (12):

entschuldung (schluss)

19 wien, 19.11. (rk) gr. p o e d e r (spoe) bezeichnete alle bisherigen massnahmen fuer die verkehrsbetriebe als subventionsstoesse, eine effektive sanierung sei jedoch durch die nun zur beschlussfassung vorliegende entschuldungsaktion zu erwarten. sie bewirke kein weiteres anwachsen des schuldenstandes. auf laengere sicht tritt eine vollkommene entschuldung ein. auch betriebspsychologisch sei die entschuldungsaktion von bedeutung, da die bediensteten der verkehrsbetriebe das gefuehl loswerden, beim todkranken teil der wiener stadtwerte beschaeftigt zu sein. seine fraktion werden den antraegen zustimmen, sagte gr. poeder.

schlusswort: stadtrat m a y r (spoe) erinnerte daran, dass er waehrend seiner amtszeit die stadt wien und die stadtwerte stets als wirtschaftliche einheit gesehen habe. es gaebe kein nahverkehrsunternehmen irgendwo auf der welt, das in der lage waere, sich selbst zu erhalten. waehrend die freie wirtschaft die preise nachgezogen habe, sei dies bei oeffentlichen unternehmungen nur in weit geringerem masstab moeglich gewesen, was stadtrat mayr durch folgende vergleichszahlen illustrierte:

mit dem derzeitigen durchschnittserloes pro fahrgast von 3,44 s sei der fahrpreis der strassenbahn seit 1945 nur auf das 12fache gestiegen - gegenueber einer steigerung auf das 25fache bei kinokarten oder das 46fache bei baukosten. der zeitpunkt fuer die entschuldungsaktion sei gerade jetzt richtig, weil man sich der probleme des oeffentlichen nahverkehrs jetzt politisch bewusst werde. bevor die stadt wien in gespraechen ueber einen verkehrsverbund mit niederoesterreich und burgenland eintritt, muesse die finanzielle situation der verkehrsbetriebe bereinigt werden.

stadtrat mayr empfahl, dem abaenderungsantrag der fpoe nicht zuzustimmen und ersuchte um punktweise abstimmung der entschuldungsaktion.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der fpoe wurde abgelehnt. die entschuldungsaktion wurde angenommen mit den stimmen der spoe, fuer einige punkte dieses antrags stimmten auch die oevp und die fpoe. (we) (forts.)

1546

wiener gemeinderat (13):

flaechenwidmung

21 wien, 19.11. (rk) der vorsitzende gr. m a y e r h o f e r teilt mit, dass die post 11 von der tagesordnung abgesetzt wird. es handelte sich dabei um den neuen flaechenwidmungsplan, durch den die widmungsmaessigen voraussetzungen fuer die "a 24" geschaffen werden sollen.

verkehrsbetriebe - tarife

die tarife des jahres 1976 sind hinter der geldwertentwicklung zurueckgeblieben, erklarte stadtrat n i t t e l (spoe). so sehr man stolz sein kann, dass in einer europaeischen spitzenleistung der index der lebenshaltungskosten in oesterreich seit august 1976 nur um 14 prozent gestiegen ist, so muss man auch die umkehr sehen, dass die zehn schilling des jahres 1976 heute um 14 prozent weniger wert sind. die einnahmen der verkehrsbetriebe aus dem fahrkartenver- ./.

kauf decken nur mehr 46 prozent der gesamttaufwendungen und nur mehr 70 prozent der personalkosten.

es ist daher eine anpassung der tarife an die inzwischen eingetretene wirtschaftliche entwicklung notwendig. die erhoehung wird etwa 18 prozent betragen und damit knapp ueber der indexentwicklung liegen.

in der oeffentlichen diskussion wurde hauptsaechlich der preis des schaffnerfahrtscheines von 12 schilling genannt. es ist richtig, dieser fahrtschein wird um 20 prozent teurer - aber nur drei prozent aller fahrten wurden bisher mit diesem fahrtschein bezahlt. der haeufigste tagesfahrtschein ist der vorverkaufsschein fuer erwachsene. dieser wird von 7.20 auf 8.60 schilling erhoelt und steigt damit etwa um den angegebenen wert knapp ueber den index. am meisten wird die fuef-tage-wochennetzkarte in anspruch genommen. sie ist die eigentliche fahrkarte fuer berufstaetige in wien. ihr preis steigt von bisher 58 auf 67 schilling und damit nur um 15 prozent. bei diesem wichtigsten fahrtschein wurde nur eine anpassung an die geldwertentwicklung seit 1976 vorgenommen.

stadtrat mittel befasste sich im weiteren eingehend mit den innerbetrieblichen anstrengungen der verkehrsbetriebe, die zu kosteneinsparungen und effizienzsteigerungen fuehrten. in den letzten jahren wurden 7.103 dienstposten eingespart, der wagenpark konnte wesentlich reduziert werden, trotzdem erhoelte sich das platzangebot durch den einsatz neuer grossraumwagen. die vielen wagentypen bei den strassenbahnen wurden von 21 auf 10 reduziert, bei den beiwagen von zwei auf acht und beim autobus von sieben auf vier. die durchschnittlichen stehtage in der zentralwerkstaette verringerten sich zwischen 1976 und 1978 von 52 auf 34 tage.

stadtrat mittel erklarte abschliessend, dass die wiener bei sorgfaeltiger pruefung der argumente dafuer verstaendnis haben, dass ihren betriebe jene mittel zugefuehrt werden, die sie zur sicherung ihrer funktion benoetigen. kein verstaendnis wuerden die wiener eines tages dafuer aufbringen, wenn man heute die leistungen der stadt zum nulltarif vorgaukeln wuerde, und morgen eingestehen muesste, dass die oeffentliche hand ihre aufgaben nicht mehr erfuellen kann. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

tarife (forts.)

22 wien, 19.11. (rk) das eigentliche problem dieser tariferhoe-
hung, erklarte gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), ist
die frage, ob die verkehrsbetriebe jetzt nicht eine reizschwelle
schaffen, die eine weitere erhoehung der fahrgastzahlen in frage
stellt. die verluste der verkehrsbetriebe - 4,5 millionen taeglich -
sind ausdruck eines verfehlten unternehmenskonzeptes. nur mit einer
attraktivitaetssteigerung kann die verlustzone verlassen werden. eine
studie des kommunalwissenschaftlichen dokumentationszentrums zeigt
klar, dass tariferhoehungen eine attraktivitaetsverminderung, da-
mit sinkende fahrgastzahlen und sinkende einnahmen bedeuten. die
steigende motorisierung fuehrte zu einem sinken der reisege-
schwindigkeit und zu einer abnahme der puenktlichkeit der oeffent-
lichen verkehrsmittel, damit auch zu einer abnahme der befoerderung-
faelle. notwendig ist eine kosequente durchfuehrung von beschleu-
nigungsprogrammen. auf manchen strecken ist die wettbewerbsfaehig-
keit des oeffentlichen verkehrs nicht gegeben. anstatt sie herzu-
stellen, wird aber versucht, den fahrplan dem sinkenden bedarf anzu-
passen. daraus folgt eine neuerliche attraktivitaetsverminderung.

durch die tariferhoehung wird die preisrelation zwischen oeffent-
lichen verkehr und individualverkehr verschlechtert. damit wird eine
einmalige chance vertan, die sich durch die entwicklung auf dem
energiesektor ergibt. das fahrgastaufkommen der wiener verkehrs-
betriebe ist zu erstmal in den letzten jahren steigend. nunmehr muss
ein fahrgastrueeckgang prognostiziert werden. die wiener werden fuer
diese tariferhoehung kein verstaendnis aufbringen, schloss
pawkowicz. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

tarife (forts.)

23 wien, 19.11. (rk) die "tarifmechaniker" haben wieder zugeschlagen, stellte gr. dkfm. a m m a n n (oevp) zur beantragten tariferhoehung fest. die tarife werden alle drei jahre linear angehoben, in der zwischenzeit diskutiert man zwar eine aenderung des tarifsystems, die aber nie realisiert wird. die tariferhoehung ist weder vom volkswirtschaftlichen noch vom betriebswirtschaftlichen, noch von sozialpolitischen standpunkt vertretbar. die erhoenungen ziehen im vergleich zum verbraucherpreisindex nicht nach, sondern liegen deutlich darueber. sie bewegen sich weit ueber den normalen entwicklungen des freien marktes.

betriebswirtschaftlich sei die erhoehung abzulehnen, da dadurch ein umsteigen vom oeffentlichen verkehr auf den individualverkehr gefoerdert wird. volkswirtschaftlich sei die erhoehung abzulehnen, da durch das umsteigen auf den individualverkehr mehr autos gekauft und mehr benzin verbraucht und der kapitalexport gefoerdert werden. auch vom sozialpolitischen standpunkt gibt es keine erklaerung fuer die erhoehung der tarife: um so weniger, da lehrlinge und schueler ueberdurchschnittlich benachteiligt werden. gr. ammann bedauerte, dass durch den tarifschock, der in letzter zeit positive trend zum oeffentlichen nahverkehr wieder zunichte gemacht wird.

(ba) (forts.)

1619

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

tarife (forts.)

24 wien, 19.11. (rk) gr. b u s t a (spoe) verwies darauf, dass die letzte tariferhoehung bei den wiener verkehrsbetrieben am 1. august 1976 erfolgt sei. demgegenueber seien die tarife in salzburg am 1. april 1978, in graz am 1. februar 1979 erhoehrt worden - und es sei beabsichtigt, in beiden staedten mit 1. jaenner 1980 neuerlich zu erhoehen.

bei den oesterreichischen bundesbahnen wurden die fahrpreise folgendermassen erhoehrt: am 1. maerz 1977 um 15,2 prozent, am 1. februar 1978 um 11 prozent, am 1. jaenner 1979 um 7 prozent.

gering sei das risiko jener privater autobusunternehmer, die mit den verkehrsbetrieben vertraege haben: auf grund einer wertsicherungsklausel wird der kostenersatz zweimal im jahr, im jaenner und im juli, entsprechend angehoben.

seine fraktion werde den tarifregulierungen zustimmen, sagte gr. busta.

gr. h a u b e n b u r g e r (oevp) verlangte eine ruecknahme der geplanten tariferhoehungen und berief sich auf aeusserungen der sozialistischen jugend, die verbilligungen gefordert habe. die oevp werden tariferhoehungen nicht zustimmen. (we) (forts.)

1651

wiener gemeinderat (17):

tarife (forts.)

25 wien, 19.11. (rk) wir wollen nicht mit plakaten und forderungen in die geschichte eingehen, sondern mit leistungen, erklaerte buergermeister g r a t z (spoe). es ist sache einer partei, wer zuerst kommt, die werbetexter oder die politiker. die oevp plaka-tiert zuerst solgans und verhaelt sich dann in der debatte nach diesen solgans.

o/o

gratz warf der oevp vor, im parlament gegen wichtige entscheidungen fuer den nahverkehr gestimmt zu haben. die oevp war gegen die erhoehung der kfz-steuer und sie leidenschaftlich gegen die mehrwertsteuer fuer gehobene gueter polemisiert. beide erhoehungen brachten wesentliche mittel fuer den ausbau des oeffentlichen nahverkehrs.

mit dem wort "sozial" sollte man vorsichtig umgehen. darunter kann man doch nicht das gleichmaessige verstreuen auf alle meinen. man muss konkret sehen, wie es einem menschen, einer familie geht und man kann nicht pauschal nach standes- oder altersgruppen vorgehen.

abschliessend erklaerte gratz, er sei dankbar dafuer, dass sich die mitarbeiter der wiener stadtwerke trotz den vielen negativen aeusserungen von oppositionsrednern ihre arbeit nicht verdriessen lassen und mit hohem einsatz leistungen fuer die bevoelkerung erbringen.

wenn es buergermeister gratz so ernst damit ist, dass vor der debatte im gemeinderat nichts plakatiert wird, dann sollte er die zustaeendigen stadtraete darauf aufmerksam machen, dass sie mit so wichtigen entscheidungen, wie tariferhoehungen, nicht vor der debatte in den ausschuessen und im stadtsenat in die oeffentlichkeit gehen, erklaerte vizebuergermeister dr. b u s e k (oevp). auch die oevp ist fuer ein gemeinsames nachdenken bei den sozialen massnahmen. klubobmann hahn hat bereits 1974 mehrere schreiben um solche gespraechen an den buergermeister gerichtet, und erst jetzt kommt eine reaktion. auch die oevp teilt die ansicht ueber den berufsstolz der wiener strassenbahner. doch es war stadtrat nekula, der bei den vielen stadtbahnunfaellen immer wieder von menschlichem versagen sprach. es war also nicht die oevp, die den berufsstolz verletzte.

ueber den vorschlag von buergermeister gratz, bei verdoppelung der kfz-steuer den autofahrern eine gratismonatsnetzkarte zu geben, wurden innerhalb der spoe nicht einmal gespraechen gefuehrt. ueber diesen konstruktiven vorschlag setzte man sich hinweg und man hat einfach linear erhoeht. damit hat man die chance vertan, dem oeffentlichen nahverkehr wirklich vorrang einzuraeumen. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

tarife (schluss)

26 wien, 19.11. (rk) gr. mag. k a u e r (oevp) kritisierte, dass zum beispiel fuer den woechentlichen besuch in einem turnverein fuer drei kinder 84 s monatlich fuer die strassenbahnfahrt ausgegeben werden muessen, waehrend der turnvereinsbeitrag selbst nur 70 schilling ausmacht. es geht um die verantwortung fuer die schwachen, und dies sind im verkehr ganz besonders die kinder.

die sozialisten vertreten den standpunkt, dass die tarife nach volkswirtschaftlichen, sozialen und verkehrspolitischen gesichtspunkten festzusetzen seien, erklarte gr. o b l a s s e r (spoe). das kostendeckungsprinzip ist bei den verkehrsbetrieben nicht anwendbar. die erhoehung des verbraucherpreisindexes seit august 1976 betraegt 13,7 prozent, die tariferhoehung durchschnittlich 18,1 prozent, wobei aber die 5-tage-wochenkarte nur um 15,5 prozent, der kinderfahrtschein und die schuelerwertmarke ueberhaupt nicht erhoehrt werden. die betriebskosten stiegen um 42,5 prozent, der personalaufwand um 28 prozent. die tariferhoehung ist als massvoll zu bezeichnen. auch die verkehrsbetriebe anderer oesterreichischer staedte beabsichtigen tariferhoehungen. muenchen wird die tarife sogar um 29 prozent erhoehen. wichtige kriterien fuer die attraktivitaet des oeffentlichen verkehrs seien vor allem die reisegeschwindigkeit und die komfortverbesserung. auf diesen gebieten ist sehr viel geschehen. zum konkurrenzverhaeltnis zwischen oeffentlichen verkehr und individualverkehr wies oblasser darauf hin, dass man um den preis einer monatsnetzkarte nur einmal volltanken kann.

stadtrat n i t t e l (spoe) nahm in seinem schlusswort zum vorwurf der phantasielosigkeit stellung und betonte, dass alle vorschlaege mit phantasie und verantwortung geprueft werden muessen. die studie des kommunalwissenschaftlichen dokumentationszentrums bezeichnete nittel als interessanten diskussionsbeitrag. die wirtschaft war aber zum beispiel sofort gegen die zur diskussion gestellte parkplatzbesteuerung. o/a

der vorrang fuer den oeffentlichen verkehr steht heute in allen programmen. bei der relaisierung zeigen sich aber sofort widerstaende. eine abwaegung der zu treffenden massnahmen ist immer notwendig. konkrete massnahmen werden gesetzt. dazu gehoert der bau der u-bahn. die oevp lehnt aber das budget ab. auch die aufnahme eines schnellbahnverkehrs stiess seinerzeit auf den widerstand der oevp. als vor drei jahren die mineraloelsteuer und die kfz-steuer erhoehrt und diese mittel fuer den oeffentlichen nahverkehr zur verfuegung gestellt wurden - eine massnahme zu lasten der autofahrer und zugunsten des oeffentlichen verkehrs, da war die oevp ebenfalls dagegen.

nittel kritisierte die verwendung falscher vergleichszahlen. er wies darauf hin, dass etwa die betriebskosten seit 1976 um 42 prozent, seit 1972 - wenn man dieses jahr heranziehen will - um 119 prozent gestiegen sind.

erstmals seit vielen jahren sind steigende befoerderungsfrequenzen zu verzeichnen, also kann nicht alles, was getan wurde, so schlecht gewesen sein.

grundsaeztlich stellte nittel zur tarifpolitik fest, dass sich die hoehe des tarifes nicht am betriebsergebnis orientiere. heute wurde eine aeusserst wichtige entscheidung ueber die finanzierung der verkehrsbetriebe getroffen. hoehere leistungen des bundes sind vorstellbar. auch der einzelne benuetzer muss aber einen beitrag zur finanzierung des oeffentlichen verkehrs leisten, der allerdings nicht so hoch sein darf, dass der fahrgast zum auto wechselt.

a b s t i m m u n g : a n g e n o m m e n mit den stimmen der spoe. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

projekt webergasse

27 wien, 19.11. (rk) fuer den geplanten umbau des ehemaligen unfallspitals in der webergasse, beantragte gr. g a w l i k (spoe) eine erhoehung des sachkredites. die kostenermittlung wird um 509.000 schilling, die planung des projektes um rund drei millionen s erhoeht.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe a n g e -
n o m m e n .

theatersubvention

fuer die renovierung und adaptierung sollen den wiener theatern zwei millionen subvention gewahrt werden. gr. w i n d h a b (spoe) beantragte kostenbeitraege fuer das theater in der josefstadt, das theater beim auersperg, das ateliertheater am naschmarkt, das pupodrom, fuer "die komoedianten" fuer den verein "drachengasse zwei", fuer das raimundtheater, fuer die freie buehne wieden und fuer das ensembletheater.

gr. p r o c h a s k a (oevp) wies auf die notwendigkeit der umbauten hin, und hob hervor, dass die adaptierungen auch den behinderten zugute kommen werden. bei der subventionierung von zwei theatern - der "komoedianten" und der freien buehne wieden, hege die opposition bedenken. die hohen foerderungen fuer "die komoedianten" fuehrten bereits zu bemaengelungen im kontroll-
amtsbericht. die nicht gerade wien-freundliche einstellung der leiterin der freien buehne, sei allgemein bekannt. prochaska verlangte getrennte abstimmung.

in seinem schlusswort sagte gr. g a w l i k (spoe), dass die subventionsbeträge im einvernehmen mit dem kontrollamt festgelegt werden. die komoedianten haben sich zu einer hervorragenden buehne entwickelt und auch die freie buehne wieden belebe die vielfaeltige theaterszene einer grosstadt.

vizebuergermeister busek habe in einem antrag auf die notwendigkeit eines bunten kulturellen spektrums hingewiesen.

a b s t i m m u n g : dem antrag auf getrennte abstimmung wurde stattgegeben. die subvention mit ausnahme ''der komoedianten'' und der ''freien buehne wieden'' e i n s t i m m i g g e n e h m i g t die subvention fuer diese beiden buehnen mit den stimmen der spoee und der fpoe g e n e h m i g t . (ba) (forts.)

1851

wiener gemeinderat (20):

internationales zentrum

28 wien, 19.11. (rk) gr. m a y r h o f e r (spoee) beantragte die erhoehung des mit den beschluesen des gemeinderates vom 29. september 1972 und 21. november 1975 genehmigten sachkredits fuer die beitragsleistung an den bund fuer die planung, errichtung und finanzierung des internationalen amtssitz- und konferenzzentrums wien von 4430,3 millionen schilling um 1260,7 millionen auf 5691 millionen schilling.

stadtrat dr. g o l l e r (oevp) stellte fest, dass die stadt wien nach dem syndikatsvertrag mit dem bund verpflichtet ist, 35 prozent der gesamtkosten fuer die errichtung des oesterreichischen konferenzzentrums zu bezahlen. es soll 5.900 kongressteilnehmer aufnehmen, als bauzeit sind fuefteinhalb jahre vorgesehen. der debattenredner bemaengelte, dass keinerlei unterlagen ueber den bau, wie auch fuer die folgekosten vorliegen. nach angaben von finanzminister androsch wuerde der jaehrliche abgang des konferenzzentrums 50 bis 60 millionen schilling betragen.

stadtrat dr. goller stellte den gegenantrag, den akt von der tagesordnung abzusetzen. buergermeister gratz soll der bundesregierung vorschlagen, die wiener hofburg und den messepalast zu einem konferenzzentrum auszubauen. allein die hofburg verfuege ueber saalkapazitaeten bis 4.000 personen. ein derartiges oesterreichischen konferenzzentrum waere ein echter beitrag zur revitalisierung und stadterneuerung.

gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) erklarte, dass sehr wohl alle erforderlichen unterlagen vorhanden seien: im iakw-gesetz. man koenne jedoch immer wieder erleben, dass die oevp grosse projekte vorerst ablehnt - wie beispielsweise die uno-city. nach der regierungserklaerung vom 20. juni 1967 bestehe der bedarf eines konferenzzentrums auch ausser der hofburg. nach der ausschreibung von 1968 sei urspruenglich ein in mehreren baustufen zu errichtendes oesterreichisches konferenzzentrum fuer 8.700 personen vorgesehen gewesen, das auf 5.900 in verschiedenen saalkapazitaeten reduziert wurde, hiervon 2.800 personen in einem grossen saal. der messepalast sei fuer die vorgeschlagene adaptierung nicht geeignet, weil es keine foyers und keine bueroraemlichkeiten gaebe. in der rangliste der staedte fuer grosskonferenzen liege wien an fuenfter stelle. die sozialisten saehen in dem konferenzzentrum ein weiteres bollwerk fuer den frieden und fuer die immerwaehrende neutralitaet oesterreichs.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) gab zu bedenken, dass der urspruengliche beitrag wiens 504 millionen schilling betragen sollte, dieser betrag sei nun auf das elffache angewachsen. es gaebe noch keine angaben ueber die folgekosten, auch nicht ueber die auslastung. kleine und mittlere veranstaltungen koennen in anderen raeumlichkeiten untergebracht werden, denen mit dem neuen konferenzzentrum eine konkurrenz erwachsen wuerde. fuer wien bestuenden keinerlei verpflichtungen nach internationalen vertragen fuer den bau dieses zentrums. die fpoe werde den antrag ablehnen.

in seinem schlusswort empfahl gr. m a y r h o f e r die ablehnung des gegenantrages der oevp. der adaptierung des messepalastes stuenden grosse probleme des denkmalschutzes entgegen, ausserdem wuerde im zentrum der stadt ein neuer grosser verkehrserreger entstehen.

a b s t i m m u n g : nach ablehnung des gegenantrages wurde der von gr. mayrhofer eingebrachte antrag mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n . (we) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (21):

aenderung der garagenfoerderungsaktion

29 wien, 19.11. (rk) gr. s a l l a b e r g e r (spoe) beantragte, die richtlinien der garagenfoerderung so zu aendern, dass bei der antragstellung bereits ein fixer fertigstellungs- und eroeffnungstermin genannt werden muss.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, dass ein dauerparkplatz in der messeplatz-garage pro jahr 25.700 schilling kosten wird. es ist hoch an der zeit, sich zu ueberlegen, was fuer die innerstaedttische wohnbevoelkerung getan werden kann. ein vorschlag waere, die foerderung auf eine neue basis zu stellen und eingehobene strafgelder fuer eine reduzierung der kosten eines einstellplatzes fuer die wohnbevoelkerung zu verwenden.

gr. s a l l a b e r g e r erklarte in seinem schlusswort, dass im rahmen der verkehrskonzeption ueber parkgaragen und ueber zumutbare tarife diskutiert werden wird.

a b s t i m m u n g : einstimmig a n g e n o m m e n .

bedeckung aus dem kulturschilling

im folgenden wurden drei antrage ueber die gewaehrung von subventionen zur durchfuehrung kultureller veranstaltungen, wie der ausstellung "monte verita" und dem "oesterreichischen kulturge-spraech" sowie eine ausfallshaftung fuer ein franz lehar- festkonzert behandelt. inhaltlich stimmten alle fraktionen diesen antraegen zu. die oevp sprach sich jedoch gegen die bedeckung aus dem kulturschilling aus. sprecher der spoe kuendigten an, dass ueber diesen "evergreen" der gemeinderatsdebatte in naechster zeit zwischen den fraktionen gespraech gefuehrt werden, um dieses formale hinder-nis zu beseitigen. (sei)

./.

hauptklaeranlage

gr. freinberger (spoe) stellte den antrag auf erhoehung des sachkredites fuer den bau der hauptklaeranlage von 749 auf 859 millionen. gr. maria hampel-fuchs (oevp) zitierte stadtrat nittel, der am 26. september 1977 erkluert habe, dass erhoehungen nur mehr fuer material- und lohnkosten, nicht aber fuer eine projektsaenderung in frage kaemen. im heutigen antrag seien aber auch kosten fuer elektrische anlagen und stromanschluesse enthalten. dies seien grobe planungsmaengel. die oevp werde dem antrag daher nicht zustimmen.

die sachkrediterhoehung sei im wesentlichen auf nicht beeinflussbare preiserhoehungen sowie auf kosten, die fuer die anpassung an den letzten stand der technik notwendig sind, zurueckzufuehren, erkluerte gr. kneidinger (spoe). besonders auf dem gebiet der schlammeindickung wurden in den letzten jahren neue erfahrungen gewonnen.

an einer arbeitertagung in wien im september 1979 nahmen 183 fachleute aus der ganzen welt teil. dabei wurde bestaetigt, dass sich die klaeranlage auf dem letzten stand der technik befindet. nach ihrer fertigstellung im jahr 1980 werden alle abwaesser wiens teilbiologisch geklaert.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe und fpoe. (ger) (forts.)

1954

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (22):

besprechung der mitteilung von stadtrat stacher

30 wien, 19.11. (rk) stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp) stellte fest, dass es nach der salmonelleninfektion sowohl die sachliche als auch die rechtliche moeglichkeit gegeben haette, die kueche zu schliessen. kubiena bezeichnete es als waghalsig, dass der betrieb sofort weitergefuehrt wurde. es sei bis jetzt nicht ausgeschlossen, ob nicht einer der angestellten der bazillentraeger war. auch ein klinisch gesunder mensch kann salmonellen ausscheiden, und zum krankheitsuebertraeger werden. man koenne sich auch nicht damit verantworten, dass alte menschen eine salmonelleninfektion schlechter ueberstehen oder an der krankheit selber schuld seien, weil sie das essen laenger stehen lassen.

als gesundheitsstadtrat fuehle er sich keineswegs als fachmann fuer die gesamte medizin, erklaerte stadtrat univ.-prof. dr.

s t a c h e r (spoe). er habe in seiner mitteilung das wiedergegeben, was ihm von experten ueber salmonelleninfektionen berichtet worden sei. mehrfache kontrollen haben ergeben, dass die kueche hygienisch einwandfrei arbeitet. (ba) (schluss)

(ende des sitzungsberichtes)